

- FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK -

## **KREISTAGSFRAKTION**

---

**Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises  
am 16. Februar 2022 in Obrigheim**

**Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler  
durch Kreisrat Volker Rohm**

**zu TOP 2**

**Zukunftskonzept für die Neckar-Odenwald-Kliniken  
Vorläufiger Abschluss der einzelnen Umsetzungsschritte**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,  
sehr geehrte Gäste,

vor dem Hintergrund des Rekordverlusts der NOK-Kliniken in 2019 und dem Willen, die Versorgung unserer Bevölkerung durch die Kliniken in Händen des Kreises aufrecht zu erhalten, waren 2020 Einschnitte und Strukturänderungen als notwendig erachtet und vom Gremium beschlossen worden.

Gemäß den vorgeschlagenen Maßnahmen von Geschäftsführung, Ärzteschaft und Pflegedienstleitung wurden Doppelstrukturen wo möglich abgeschafft und Standortkonzentrationen an jeweils nur eines unserer beiden Häuser umgesetzt.

Dabei sollen bewusst auch die Emotionen in Erinnerung gerufen werden, die mit der ein oder anderen Veränderung verbunden waren, ja heute noch sind.

Auch war uns allen bewusst, dass der angestrebte „Heilungsprozess“ in mehreren Schritten und zeitversetzt umzusetzen war, genauso, wie auch ein Evaluationsprozess mit den Veränderungen verbunden sein muss.

Zu allem Übel traf uns mitten in diesen Bemühungen die Corona-Pandemie, konnte manche Veränderung vor den verordneten Einschränkungen und Verordnungen nicht die Wirkung zeigen, die man sich erhofft hatte. Elektive Eingriffe wurden verschoben, Patienten mieden aus Sorge um die Gefahr einer Ansteckung einen notwendigen Krankenhausaufenthalt, die Belegungszahlen gingen verständlicherweise in den Keller.

Aber nicht nur aus der Pandemie, auch aus den sonstigen Erfahrungen musste man manches lernen und die Pläne anpassen oder gar ändern.

Dieses nennt man schlicht „Lernfähigkeit“ und ist allemal besser als Verfolgen von Planzielen, die stur weiter in die falsche Richtung führen.

Getätigt wurde nach Plan die Verlegung der Akutgeriatrie einzig an den Standort Mosbach, die Zusammenführung der gynäk. Abteilungen am Standort Buchen, die dortige Schließung des polytraumatischen Schockraums und Verlagerung der Orthopädie und Unfallchirurgie an den Standort Mosbach.

Aus gutem Grund - nämlich aus den Erfahrungen unserer Ärzte - wird entgegen den Umstrukturierungsplänen die Wirbelsäulenchirurgie weiterhin am Standort Buchen bleiben.

Zusätzlich werden auf diesem Gebiet aber nun Sprechstunden in Mosbach angeboten.

Im Gegenzug werden mit einer reduzierten Bettenzahl auch weiterhin in Mosbach kleinere Operationen auf dem Gebiet der Allgemein- und Viszeralchirurgie wohnortnah möglich bleiben.

Sowohl die finanziellen Ergebnisse wie auch die Frequentierung sprechen hier eine eindeutige Sprache, nämlich dass dies die richtigen Entscheidungsänderungen waren.

Trotz weiterhin angespannter Finanzlage sehen wir Freien Wähler die Erfolge der Handlungsstränge und sind bereit, unser Ziel auf teilweise neuer Route zu erreichen.

Deshalb stimmen wir als Fraktion den vorgeschlagenen Beschlüssen in vollem Umfang zu.

Auch der als TOP 3 angesagten Überarbeitung des Gesellschaftervertrags der Kliniken aufgrund der Änderung der Tochtergesellschaft in eine gGmbH sowie den hierzu notwendigen Satzungsänderungen stimmen wir zu.

Unser Dank gilt den Verantwortungsträgern und Ärzten unter Führung des ärztl. Leiters Dr. Genzwürker, den Herren Hehn und Löffler seitens der Geschäftsführung, Herrn Böhler als verantwortlichem Pflegedienstleiter, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den beiden Standorten.

Wir hoffen, dass nach Ende der Pandemie wieder bessere Zeiten für unsere Kliniken kommen, drücken aber auch unsere Bereitschaft dafür aus, gemäß den finanziellen Vorgaben die jetzt ausgesetzten oder evtl. neu notwendigen Schritte zur Konsolidierung unserer Einrichtungen zum Wohl der Einwohner des Kreises und deren bestmöglicher ärztlicher Versorgung mitzugehen.

Wir tun dies aber auch in der Hoffnung, dass - und das wäre dann eine positive Seite vom Corona-Seuchenzug - die bundes- und landespolitischen Entscheidungsträger ebenfalls bereit sind, ihre Wege und Strategien aus den gemachten Erfahrungen zu überdenken und die Finanzierung der Krankenhausleistungen auf neue, gerechte und vor allem auskömmliche Beine zu stellen.

Die Pandemie sollte auch den letzten Politikerinnen und Politikern in Bund und Land die Augen geöffnet haben, dass es ohne eine wirkungsvolle medizinische Versorgung in der Fläche nicht geht, sowohl stationär als auch ambulant. Und dafür braucht es vernünftige Rahmenbedingungen, die ich in diesem Zusammenhang nochmals einfordern möchte, und für die es zu kämpfen gilt.

Vielen Dank.